

13.455

Parlamentarische Initiative
Parmelin Guy.
Anwendung
des Gewässerschutzgesetzes.
Die örtlichen Gegebenheiten
nicht ausser Acht lassen

Initiative parlementaire
Parmelin Guy.
Application de la loi
sur la protection des eaux.
Tenir compte de la réalité
dans le terrain

Vorprüfung – Examen préalable

Nationalrat/Conseil national 01.12.16 (Vorprüfung – Examen préalable)
 Ständerat/Conseil des Etats 12.06.17 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Die Kommission beantragt mit 11 zu 1 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben.

Luginbühl Werner (BD, BE), für die Kommission: Die parlamentarische Initiative Parmelin bezweckt eine Lockerung von Artikel 36a Absatz 2 des Gewässerschutzgesetzes. Den Kantonen soll die Aufgabe übertragen werden, die Breite der Gewässerräume unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten festzulegen.

Die parlamentarische Initiative Parmelin gehört in eine ganze Reihe von Vorstössen und Initiativen, die sich mit der Umsetzung der Bestimmungen des Gewässerschutzgesetzes und der Gewässerschutzverordnung zur Breite der Gewässerräume befassen: In den letzten Jahren wurden insgesamt neun Standesinitiativen, zwei Petitionen von Bauernverbänden und eine Motion von Nationalrat Leo Müller (12.3047) abgelehnt; eine parlamentarische Initiative der Nationalräte Schibli bzw. Rösti (14.455) wurde zurückgezogen; und zwei Kommissionen wurden angenommen, eine der UREK-NR (12.3334) und eine der UREK-SR (15.3001). Die beiden Motionen der Kommissionen führten zu zwei Revisionen der Gewässerschutzverordnung, die am 1. Januar 2016 bzw. am 1. Mai 2017 in Kraft getreten sind.

Die geänderte Verordnung enthält unter anderem eine Besitzstandsgarantie für gewisse Dauerkulturen im Gewässerraum sowie gelockerte Bestimmungen für standortgebundene Anlagen, man denke an land- und forstwirtschaftliche Wege oder an Anlagen zur Wasserentnahme oder -einleitung. Ausserdem sieht sie die Möglichkeit vor, Baulücken zu schliessen, Randstreifen von Infrastrukturanlagen landwirtschaftlich zu nutzen sowie, bei sehr kleinen Gewässern, auf die Festlegung des Gewässerraumes zu verzichten. Dies sind also eigentlich alles Anliegen, die in der Stossrichtung der vorliegenden parlamentarischen Initiative liegen.

Es ist der Kommission wichtig, darauf hinzuweisen, dass seit Jahren grosse Anstrengungen – gerade auch seitens der Kommission – unternommen wurden, um zusammen mit den Kantonen pragmatische Lösungen zu finden. Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 19. Januar 2017 die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) genau zu diesem Thema angehört. Die BPUK bestätigt, dass die Kantone der neuen Gewässerschutzverordnung zustimmen: Ein praxisnaher, effizienter Vollzug sei nun möglich, und der Handlungsspielraum sei ausreichend; was es jetzt dringend brauche, sei Rechtssicherheit.

Ohne sich die Illusion zu machen, dass die Umsetzung nun völlig problemlos erfolgen kann, aber in der Gewissheit, alles versucht zu haben, um den Spielraum des Gesetzes vollstän-

dig auszuschöpfen, beantragt Ihnen die Kommission mit 11 zu 1 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Der Initiative wird keine Folge gegeben
Il n'est pas donné suite à l'initiative

14.301

Standesinitiative Tessin.
Artikel 285 und 286
des Strafgesetzbuches.
Überprüfung der Angemessenheit
der Strafraumen

Initiative cantonale Tessin.
Réexaminer les peines prévues
aux articles 285 et 286
du Code pénal suisse

Iniziativa cantonale Ticino.
Riesaminare l'adeguatezza
delle pene inflitte ai colpevoli
in applicazione
degli articoli 285 e 286
del Codice penale svizzero

Frist – Délai

Ständerat/Conseil des Etats 12.06.17 (Frist – Délai)

14.311

Standesinitiative Genf.
Neudefinition des Rechtsbegriffs
der Vergewaltigung
in den Artikeln 189 und 190
des Strafgesetzbuches

Initiative cantonale Genève.
Résolution pour une modification
des articles 189 et 190 du Code pénal
et une redéfinition
de la notion juridique de viol

Frist – Délai

Ständerat/Conseil des Etats 12.06.17 (Frist – Délai)

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Wir behandeln die beiden Geschäfte gemeinsam. Sie haben dazu je einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, die Frist für die Umsetzung der beiden Initiativen bis zur Sommersession 2019 zu verlängern.

Abate Fabio (RL, TI), für die Kommission: Ich beginne mit der Initiative des Kantons Tessin. Diese verlangt die Überprüfung der Angemessenheit der Strafraumen, die im Strafgesetzbuch für strafbare Handlungen gemäss Artikel 285, "Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte", und Artikel 286, "Hinderung einer Amtshandlung", vorgesehen sind.